

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. — Durch Aussträger oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Haus.
Polizeidruck: Nr. 28885
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.
Anzeigenpreise: Die 8spaltige Millimeterzeile über deren Raum 0,90 Mk., außerhalb 1,00 Mk. Die 4spaltige Millimeterzeile über deren Raum 0,50 Mk., außerhalb 0,60 Mk. Die 2spaltige Millimeterzeile über deren Raum 0,30 Mk., außerhalb 0,40 Mk. Die 1spaltige Millimeterzeile über deren Raum 0,20 Mk., außerhalb 0,30 Mk.

Arbeiter protestiert gegen das neue Münchener Todesurteil!

Telegramm:
Im dritten Mordprozess wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Josef Wallehauser wurde wegen fortgesetzten Verbrechens des Mordes zum Tode und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Der zweite Angeklagte Klotter wurde von der Anklage des Mordes freigesprochen und wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Während der Verlesung des Urteils erlitt Wallehauser einen schweren Herzanfall.

II.
Die Mörder Diebknich, Landauer, Eisner (Graf Arco), Paafches und der anderen führen ein Wonnegebirge.
Es sieht die Gleichheit in der Republik Deutschland aus. Heute wüthet die Klassenjustiz schlimmer als je.

Kommt der Bürgerkrieg?

Nachdem der Versuch des Reichskanzlers Hermann Müller, das Kabinett mit Hilfe der U. S. P. D. zu bilden, gescheitert ist, empfangt Herr Heinze, einer der Führer der Deutschen Volkspartei, vom Reichspräsidenten den Auftrag zur Kabinettsbildung. Da es die U. S. P. D. ablehnte, mit der Deutschen Volkspartei Regierungsgemeinschaft zu machen, gab Herr Heinze das Mandat dem Reichspräsidenten wieder zurück. Entweder kommt jetzt der reine Bürgerkrieg oder die alte Koalition bleibt mit Abkürzungsunterstützung der Deutschen Volkspartei, wofür sie natürlich allerhand Konzessionen erhält, bestehen.

Der Zentrumsführer Dr. Trimborn ist vom Reichspräsidenten mit der Bildung des Kabinetts beauftragt worden.

Das endgültige Wahlergebnis.

Es sind endgültig insgesamt 461 Abgeordnete, einschließlich der aus der Nationalversammlung überkommenen 42 Abgeordneten der Abstimmungsperiode, in den Reichstag gewählt worden:

U. S. P.	80
S. P. D.	111
Deutschnationale	63
Deutsche Volkspartei	61
U. S. P. D.	2
Demokraten	43
Zentrum	67
Welfen	5
Christliche Föderalisten	21
Bayr. Bauernbund	4

Landtagswahlen.

Oldenburg.	
U. S. P. D.	5 Sitze
S. P. D.	10
Zentrum	11
Demokraten	7
Deutsche Volkspartei	15
Deutschnationale	1
Bauernbund	1

Endlich.

Es wird gemeldet:
Der Reichspräsident hat auf Antrag der preussischen Regierung nunmehr die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrrevier verfügt. Als Tag des Außerkräfttretens ist der 17. Juni bezeichnet. Die Ablieferung der Waffen wird hiervon nicht berührt.

Ferner hat der Reichspräsident die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Schlesien angeordnet.

Die 3. Internationale und die U. S. P. D.

In einer Erklärung der Moskauer Internationale wird über das Verhältnis zur U. S. P. D. ausgeführt: Die deutsche kommunistische Arbeiterpartei hat sich in allen taktischen Fragen mit der kommunistischen Internationale in Widerspruch gesetzt. Das Ersuchen der Partei um Aufnahme in die kommunistische Internationale wurde von dem Hauptauschuss dahin beantwortet, die Partei könne zurück erhalten, wenn sie sich verpflichtet, sich allen Beschlüssen des Kongresses zu unterwerfen und vorher die nationalitativ gesinnten Gegenrevolutionäre (gemeint sind Wolfheim und Lauffenberg, Hamburg, usw. D. Red.) aus der Partei ausschließt.

Die zusammengestürzte Koalition in Deutschland-Oesterreich.

Einer der Krawalle zwischen christlichsozialen und sozialdemokratischen Abgeordneten der Nationalversammlung, wie sie in letzter Zeit üblich waren, hat den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern den äußeren Anlaß geboten, ihren Rücktritt aus der Koalitionsregierung zu erklären. Die Mehrheit der Nationalversammlung, christlichsoziale und Großdeutsche, forderten von dem sozialdemokratischen Staatssekretär für Österreich die Zurückziehung einer Verordnung über die Soldatenräte. In der daran anschließenden Debatte drohten sich, wie üblich, christlichsoziale und Sozialdemokraten gegenseitig mit der Sprengung der Koalition, bis die sozialdemokratische Fraktion die Drohung wahr machte und ihre Mitglieder aus der Regierung abberief. Es sollen bald Neuwahlen stattfinden.

Entgegen den Lügenmeldungen

der Polen, die von großen Siegen gegen die Bolschewisten laben, ist festzustellen, daß der Vormarsch der Russen weitere Fortschritte macht.

In Italien

sind wieder große Streiks der Verkehrsarbeiter ausgebrochen. In Apulien hat ein bewaffneter Aufstand eingesetzt. — Giolitti, der Freund der Mittelmächte, ist mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden.

stärkte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen alle Angriffe von rechts verteidigt, reaktionäre Mittelstände auf den Achtstundentag und die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit abgewehrt werden können und eine auswärtige Politik durchgeführt werden kann, die den republikanischen und pazifistischen Ideen der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes entspricht.

Indem ich mir weitere mündliche Ausführungen vorbehalte, lade ich Sie auf morgen, Sonnabend, den 12. Juni, früh 11 Uhr, zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern der U. S. P. D. in die neu zu bildende Regierung zu mir in die Reichskanzlei, Wilhelmstr. 77, freundlichst ein. Da wegen der in Esraa zu führenden Verhandlungen die Bildung der Regierung dringlich ist, so rechne ich bestimmt für morgen auf Ihr Erscheinen und würde auch zu einer anderen Stunde zur Verfügung stehen, wenn Ihnen die vorgeschlagene wegen etwaiger anderer Dispositionen nicht genehm sein sollte.

Ergebnis (gez.) Müller

Der Schritt Hermann Müllers war von vornherein zur Unfruchtbarkeit, zur Abfage verurteilt. Die gesamte Presse der U. S. P. D., die Äußerungen der Parteiführer und Parteimitglieder in dieser Frage hatten klipp und klar bekundet, daß für die U. S. P. D. als sozialrevolutionäre Proletariatspartei, deren historische und sittliche Existenzberechtigung in der Tendenz zur Vernichtung des versinkenden, unsittlichen bürgerlichen Staats besteht, eine Regierungs- und Arbeitsgemeinschaft mit Vertretern dieser bürgerlichen Welt (ob Gothein oder Westarp) keinesfalls und niemals in Betracht kommt. Die Feindschaft zwischen den beiden Gegensätzen Kapital und Arbeit, die sich naturnotwendig aus den Eigentümlichkeiten ihres Seins ergibt, kann nur zum großen Schaden für die aufstrebende Klasse der Proletarier in scheinbaren, vorübergehenden Frieden, in sogenannte Interessengemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft) gewandelt werden. Jeder Pakt mit der Bourgeoisie verschärft das Proletariat an seine Feinde, fesselt es unter Fortschrittsphrasen, begünstigt die Erhaltung der bürgerlichen Ideologie in ihr und ruiniert schließlich die proletarische Partei, die den Pakt eingegangen ist (S. P. D.), da die Verhältnisse den Klassenkampf erzwingen, also der reinen Kampfpartei die Massen unbedingt wieder zutreiben, während die reformistische Umweigerung zu Grunde geht. Die U. S. P. D. hat dem Angebot Hermann Müllers nicht eine Sekunde lang unerschlossen gegenüber. Es gab nur eine Antwort und sie lautet wie folgt:

Berlin, 11. Juni 1920.
Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Im Auftrage des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übermittle ich Ihnen folgende Antwort auf Ihre Einladung vom 11. Juni zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern unserer Partei in die neuzubildende Regierung:

Die U. S. P. D. kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Krieg zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziel gesetzt hat und zur Wiederherstellung des Proletariats den Militarismus neu belebt und stärkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat.

Der Eintritt der U. S. P. D. in eine solche Regierung würde die Unterdrückung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher grundsätzlich bekämpft hat; wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verzicht an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die der U. S. P. D. bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben für die „einer“ die Fortsetzung ihrer Politik des rückwärtigen proletarischen Kampfes mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft.

Zur Entfaltung dieses Zieles ist die U. S. P. D. zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hätte, das sozialdemokratische Programm zur Grundlage der Regierungspolitik zu machen, haben ihre Vertreter unangelegentlich eine Politik der Abkehrung und des Kompromisses mit den Vertretern der alten staatlichen Bürokratie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus betrieben, so daß die U. S. P. D. gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht mitunuldig zu werden an der Wiederbelebung des Kapitalismus und Militarismus und der von ihnen ins Werk gesetzten blutigen Gewalttätigkeiten über der revolutionären Arbeiterklasse. Die seitdem bestehende rechtssozialistische Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien hat dazu geführt, die wahren Arbeiterverbände zu verschlingen und die Arbeiterklasse in ihrem Vornama zu beherrschen.

Der Eintritt der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der

Prinzipien.

I.
D. Li. Die politischen Nebel, die aus dem Stimmtag des 6. Juni hervorgegangen waren und das Bild der kommenden Regierung verschleierten, sind in der Aufklärung. Es fallen Entscheidungen, die zur Situationsklärung außerordentlich dienen. Bekanntlich hat der 6. Juni die Basis der alten Koalition derart verkleinert, daß sie allein nicht mehr imstande ist, die Traglast zu der aus ihren Männern bestehenden Regierung zu bieten. Soll also die Koalition nicht in alle Winde gehen, so muß sie von irgend einer Seite in irgend einer Form Zuwachs erhalten. In diesem Zweck wandte sich eines der Hauptmitglieder der alten Koalition, der Reichskanzler Hermann Müller, der vom Reichspräsidenten mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt war, am 11. Juni schriftlich an den 1. Vorsitzenden der U. S. P. D., Genossen Crispian, mit der Aufforderung zur Bereitwilligkeit der U. S. P. D. der Koalition

mit allen Rechten und Pflichten beizutreten. Das Schriftstück lautet:

Berlin, den 11. Juni 1920.
Wertes Genosse!

Der Herr Reichspräsident hat mich nach der Demission des bisherigen Ministeriums heute mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, die da keine Partei bei den Wahlen die Mehrheit der Reichstagsfraktion erhalten hat, nur eine Koalitionsregierung sein kann. Ich glaube, da meine Partei als die stärkste aus den Reichstagswahlen hervorgegangen ist, diese Aufgabe übernehmen zu müssen.

Zur Lösung der mir gestellten Aufgabe wende ich mich zuerst an die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Wahlen brachten der U. S. P. D. 80 Mandate und machen sie damit zur zweitstärksten Partei des künftigen Reichstages. Die Beteiligung der U. S. P. D. an der Regierung ist deshalb das nächstliegende.

In unserer jungen deutschen Republik erscheint mir die Teilnahme der U. S. P. D. an der Regierung aber deshalb besonders notwendig, weil nur durch eine nach links hin ver-

rechtssozialistischen Kompromißpolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse, und kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verwirrenden und spaltenden Koalitionspolitik, sondern nur durch eine grundsätzliche klare und konsequente sozialistische Politik, die die Befreiung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt.

Er gibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die U. S. P. D. als Übergang nur eine zeitlich sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.

Durch diese Antwort dürfte wohl auch nach ihrer Überzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein.

Ergebenst
Crispien.

Das sozialrevolutionäre, koalitionsverneinende Prinzip der U. S. P. D. bleibt also unangefastet; die Koalition und das Bürgertum überhaupt wird die U. S. P. D. wie bisher nur als Feind, nie als Freund kennen lernen.

II.

Die rechtssozialistische Presse bemüht sich eifrig, aus der prinzipiellen Haltung der U. S. P. zur Frage der Koalition Kapital für ihre Partei zu schlagen; zum zten Male wird die Phrase von der positiven Arbeit im Parlament aufgewärmt und der U. S. P. vorgeworfen, in dieser Hinsicht stets zu versagen, dem Bürgerblock den Streikbündel zu halten. In den Betrieben usw. operieren die U. S. P.-Arbeiter mit den Tiraden ihrer Parteizeitungen. So sei denn nochmals ausdrücklich gesagt, daß die Koalition einer proletarischen Partei mit dem Bürgertum, gleichviel welcher Richtung, naturgemäß nie zum Segen, wohl aber stets zum Schaden für das Proletariat auslaufen muß. (Uebrigens würde das Bürgertum seinerseits — Demokraten, Zentrum — gar nicht in eine Koalition mit der U. S. P. einwilligen.) Ist eine Paarung zwischen zwei Richtungen, von denen die eine grundsätzlich auf dem Boden des Privatbesitzes an Produktionsmitteln steht und die andere ebenfalls grundsätzlich auf gerade entgegengesetztem, möglich ohne daß eine der beiden (jeder beide) Schaden erleidet, Schaden erleiden muß? Jeder Einsichtige wird diese Frage verneinen. Feuer und Wasser vertragen sich nicht. Das Wasser (Bürgertum) löscht das Feuer (Proletariat) aus. Was hat denn die alte Koalition für das Proletariat geleistet? Die sogenannten Erziehungsklassen der Revolution (Aktivistenkongress usw.) gehen (man vergesse es nicht) auf das Konto des rein sozialistischen Kabinetts (wenn man so sagen darf) der Volkskommission vom November 1918. Die Koalition dagegen konnte, bei ihrer Zusammensetzung, natürlich nur der Erhaltung und Festigung des Kapitalismus und des Militarismus mit all ihren sozialen Folgen dienen und sah ganz selbstverständlich ihre Aufgabe in der Abwägung der Revolution. Der proletarische Klassenkampf kann nicht geführt werden, wenn man ihn durch Koalition mit dem Bürgertum überbrückt, und die Einstellung oder Einschränkung des Klassenkampfes ist Verrat am Proletariat, das nur durch schärfsten Klassenkampf befreit werden kann. Kennen die U. S. P.-Arbeiter die Meinung des Altmeisters Bebel über Koalitionen der Sozialdemokraten mit dem Bürgertum? Hier ist sie:

Die Regierer haben in der Welt oft mehr erreicht als die positiven Arbeiter. Scharfe Kritik, scharfe Opposition fällt allezeit auf fruchtbaren Boden, wenn sie berechtigt ist, und unerste ist gewiß berechtigt...

Wenn ich als Sozialdemokrat ein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien eintrete, so ist lautend gegen eins zu wachen, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Bestimmenden und wir die Vertretenden sind. Es ist ein politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke sich hüten, die Linke verliert und die Rechte gewinnt.

Was ist die notwendige Folge, wenn ich ein solches Bündnis eingehe mit meinen geschworenen Feinden, die ganz anders denken und handeln müssen wie ein Sozialdemokrat? Wenn ich in ein politisches Bündnis trete, dann muß ich notwendigerweise meine Taktik, das heißt meine Kampfweise darauf einrichten, damit das Bündnis nicht breche. Ich darf also nicht mehr darauf los kritizieren, ich darf nicht mehr grundsätzlich kämpfen, denn damit verleihe ich meine Bundesgenossen, ich bin gezwungen, zu schweigen, über manches den Mantel der Liebe zu bedenken, manches zu rechtfertigen, was sich nicht rechtfertigen läßt, zu vertuschen, was nicht vertuscht werden darf usw. Das sind die notwendigen Folgen des Blochs, die sich auch auf anderen Gebieten gezeigt haben... Die Konfusen sollen darauf sehen, daß das Gemeinwesen keinen Schaden erleidet, lautet ein in Rom geltender Satz. Ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer der Partei keinen Schaden tun. Seht den Führern auf die Finger, seht auch euren Redaktoren auf die Finger! (August Bebel, Magdeburg 1910.)

Und ferner mögen sich die U. S. P.-Arbeiter fest einprägen, was der Demokrat Ruske in einer Versammlung seiner Parteifreunde am vergangenen Sonnabend in Sieglitz über Koalition, Bürgertum und Sozialdemokratie sagte. Nach dem V. T. erklärte er wörtlich:

Das Bürgertum hat nicht erkannt, daß nur die Koalition es gerettet hat. Die Sozialdemokraten mühten eine bürgerliche Politik treiben, während wir (die Demokraten, die Red. der Arb.-Ztg.) keinen einzigen Programmpunkt zu opfern brauchten. Kostet das Bürgertum gegen seine eigenen Klassengenossen verteidigt.

Prinzipien sind dazu da, um gehalten zu werden. Die U. S. P. hat das aus den Verhältnissen sich klar ergebende und sehr notwendige Prinzip, jede Koalition mit dem Bürgertum im Interesse des Proletariats abzulehnen. Sie wird dieses Prinzip stets halten oder sie wird untergehen.

Aus der Internationale.

Die Exekutive der III. Internationale an die U. S. P. D.

Wie die „Kote Fahne“, Berlin, mitteilt, hat Nadek als Sekretär des Exekutivkomitees der III. Internationale an unseren Parteivorstand ein Schreiben gerichtet, das wir nachstehend wiedergeben. Wir drucken es deshalb ab, um unseren Genossen stets Anschluß über die Situation, betreffend Anschluß der U. S. P. D. an die III. Internationale, zu geben.

An den Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands.

Werte Genossen!

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale stellt mit Bedauern fest, daß der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ihr Schreiben vom 5. Februar 1920 unbeantwortet gelassen hat. Dieses Schreiben hat alle Streitfragen behandelt, die zwischen uns und der Unabhängigen Sozialdemokratie bestehen. Eine klare Antwort auf unsere Ausführungen hätte ganz gewiß zur Klärung des Verhältnisses des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie zu der Dritten Internationale beigetragen.

Wehr noch als diese Unterlassung bedauert die Exekutive der Kommunistischen Internationale die Tatsache, daß der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie es für möglich gehalten hat, unser Schreiben an ihn den Mitgliedschaften vorzuenthalten. Das Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie zu der Dritten Internationale ist Sache nicht nur des Parteivorstandes, sondern der Million deutscher Arbeiter, die hinter den Unabhängigen Sozialdemokraten steht, und auf deren energisches Drängen der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie genötigt war, in Beziehungen zu uns zu treten. Ueber das wirkliche Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur Dritten Internationale entscheidet nicht das halbe Dutzend Männer und Frauen, die im Parteivorstand der U. S. P. sitzen, sondern die Million unabhängiger Arbeiter entscheidet durch ihre Taten, ob sie zur Kommunistischen Internationale gehört oder nicht.

Wir sind überzeugt, daß es genügt, den unabhängigen Arbeitern den Sinn ihres eigenen Kampfes zu verdeutlichen zu bringen, damit sie sich bewußt für die kommunistische Internationale entscheiden.

Die Verheimlichung unseres Schreibens bedeutet also objektiv nichts anderes, als den Versuch der Hingaltung der Massen in der Sache ihres Verhältnisses zur kommunistischen Internationale. Jede Entschuldigung dieser Sabotage des Beschlusses des Leipziger Kongresses der Unabhängigen durch den Parteivorstand, der sich bisher zur Ausföhrung des Parteibeschlusses nur zur Abwendung eines einzigen Briefes aufgeschwungen hat, mit äußeren Schwierigkeiten, mit dem Kampfbüch und den Wahlvorbereitungen, wird nicht gemacht durch die einfache Tatsache, daß für die Arbeiterklasse die Frage des internationalen Zusammenschlusses eine Lebensfrage ist. Ganz abgesehen davon hat die Veröffentlichung unseres Schreibens durch unser Westeuropäisches Sekretariat bewiesen, daß die Möglichkeit der Veröffentlichung vorhanden war.

Da uns der ernste Wille der großen Mehrheit der unabhängigen Arbeiter zum Eintritt in die kommunistische Internationale bekannt ist, halten wir es für unsere Pflicht, ungeachtet der Hindernisse, die der Frage der internationalen Einigung des Proletariats seitens des Parteivorstandes der U. S. P. gestellt werden, sie aufzufordern, ihre Vertreter nach Moskau zu entsenden, damit wir ihnen die Themen der Exekutive der Kommunistischen Internationale über die tatsächlichen Fragen des Kampfes um die Diktatur des Proletariats unterbreiten können und so zur Klärung der Frage gelangen, welche Gründe den Vorstand der U. S. P. zur Verögerung ihres Anschlusses an die kommunistische Internationale bewegen. Dann wird es die Sache der unabhängigen deutschen Arbeiter sein, zu entscheiden, ob sie mit dem Parteivorstand der U. S. P. oder mit der Exekutive der Kommunistischen Internationale einverstanden sind.

Unüberwindliche technische Schwierigkeiten stehen der Reise der U. S. P. nicht im Wege. Wenn es jüdisch-russischen, australischen, amerikanischen und deutschen Arbeitern, die fast aus eigener Hand zu uns gelangen, möglich ist, so werden auch die Vertreter einer Millionenpartei den Weg zu uns finden können, wenn sie ihn nur ernst haben suchen wollen.

Mit kommunistischem Gruß
für die Exekutive der Kommunistischen Internationale
Nadek, Sekretär.

Moskau, 27. Mai 1920.

Dazu ist zu bemerken, daß die Veröffentlichung des Antwortschreibens der Exekutive der III. Internationale auf das Schreiben unseres Parteivorstandes auf Grund des Beschlusses vom Leipziger Parteitag in unseren Parteizeitungen bereits erfolgt ist, resp. augenblicklich erfolgt oder in Kürze erfolgen wird. Ferner steht es fest, daß in nächster Zeit eine Abordnung des Parteivorstandes (Genosse Däumig) nach Moskau reist, um an Ort und Stelle mit der Exekutive der III. Internationale die Frage des Eintritts der U. S. P. D. in die III. Internationale usw. gründlich zu besprechen. Wir fordern aber ganz entschieden, daß die Erlebigung aller Fragen, die den Eintritt der U. S. P. D. in die III. Internationale betreffen, in Zukunft nie mehr auf die lange Bank geschoben, sondern alsbald vorgenommen wird; vor allem aber der Eintritt selbst.

Die Boykottierung Horthy-Ungarns. Der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

An die Arbeiter aller Länder!

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat beschlossen, vom 20. Juni an Ungarn zu boykottieren und jeden Verkehr mit diesem Lande völlig abzubrechen.

Es ist beinahe ein Jahr her, seit die sogenannten „ordnungsliebenden Elemente“ in Ungarn die Regierung ergreifen haben. Von diesem Augenblick an wurde die Arbeiterbewegung Unterdrückungen und Verfolgungen ausgesetzt, die ohne Gleichen sind in der Geschichte der Arbeiterbewegung und bei weitem noch alle Greuelthaten des einseitigen russischen Fasizismus übertreffen. Es genügt, Mitglied einer nicht konfessionellen Vereinigung zu sein, um ins Gefängnis geworfen zu werden; eine anonyme Denunziation ist hinreichend, um verhaftet und in ein Gefangenenlager gesperrt zu werden.

Unter diesen Bedingungen wird die Verurteilung der Kolonialpolitik und des Imperialismus zur Heuchelei oder zum einfachen Geuzer eines stumpfsinnigen Kleinbürgers.

4. Während sie aus der Zweiten Internationale austreten und sie in Worten verurteilen (z. B. Crispien in seiner Schrift) strecken die Unabhängigen einem Friedrich Adler, dem Mitglied der österreichischen Partei der Herren Noske und Scheidemann die Hand hin. — Die Unabhängigen dulden in ihrer Mitte Literaten, die alle Grundbegriffe der Diktatur des Proletariats verneinen (Kautsky u. Cie.).

Die Unabhängigen haben an der Berner und der Luzerner gelben Konferenz teilgenommen. Die Unabhängigen haben auch nach dem Leipziger Kongress ihr Zentralorgan „Freiheit“ in den Händen des Erz-Rechten Hilferding, eines Anhängers der Zweiten Internationale gelassen. Dieses Auseinandergehen von Wort und Tat charakterisiert die ganze Politik der Führer der Partei der Unabhängigen in Deutschland, der Vonguetisten in Frankreich. Eben die Führer teilen die Vorurteile der kleinbürgerlichen Demokratie und der reformistisch demoralisierten Oberschichten des Proletariats, entgegen den revolutionären Sympathien der Arbeitermassen, die zum Sowjetismus neigen.

5. Während die Führer der U. S. P. unter dem Druck der Arbeitermassen mit der Kommunistischen Internationale in Verhandlungen treten, wenden sie sich gleichzeitig an die Parteien der Zweiten Internationale (darunter an die weiße Rannerheimische Sozialdemokratie Finnlands); diese Parteien nennen sie sozialrevolutionär und sie schlagen der Kommunistischen Internationale vor, sich mit diesen Parteien zu vereinigen.

Dieser hilflose Versuch, noch eine vierte, eine Vastard-internationale zu gründen, ohne klares Programm, ohne feste Taktik, ohne Aussicht auf eine Zukunft, ohne Perspektiven ist dem Untergang geweiht. Er beweist aber, daß die rechten Führer der Unabhängigen den Beschluß des Leipziger Kongresses ihrer eigenen Partei sabotieren und an eine aufrichtige Vereinigung mit der Avantgarde des ringenden internationalen Proletariats nicht denken. (Fortsetzung folgt)

Die Antwort Moskaus.

(B. Fortsetzung.)

Man kann jedoch die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht in Wirklichkeit nicht anerkennen, ohne tatsächliche, ernste, gewissenhafte Schritte dazu zu unternehmen, daß die Avantgarde des Proletariats des gegebenen Landes, die durch langen und schweren Kampf (wie gegen die Opportunisten, so auch gegen die Syndikalisten und die angeblich linken Halbmarxisten) ihre Fähigkeit, die Arbeiterklasse zu einer solchen Diktatur zu führen, bewiesen hat, von allen bewußten Arbeitern unterstützt, ihre Autorität gestützt, ihre erzwungene Trodition sorgfältig behütet und entwickelt werde. Der Spartakusbund in Deutschland, der von solchen Führern, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, gegründet worden ist, ist gerade ein solcher, der die internationale Bedeutung einer Avantgarde erhalten hat, und der Versuch, ihn zu umgehen, wie dies die Unabhängigen in Deutschland tun, ist unmöglich.

Das hängt zusammen mit der Tatsache, daß die Führer der U. S. P. Deutschlands offensichtlich nicht die Meinung der Arbeitermassen dieser Partei ausdrücken, da sie viel mehr rechts stehen als diese. Als die Bebel, das dem Proletariat in der Epoche von 1889—1919 unerschütterliche Vertrauen hat, kann man sich nicht entschließen; denn dieses Uebel wird durch das Auseinandergehen von Wort und Tat verhäßt.

Auf solche Weise ist die ganze Propaganda, die ganze Agitation, die ganze Organisation der rechten Unabhängigen und der Vonguetisten im großen und ganzen eine weiß kleinbürgerlich-demokratische als eine revolutionär-proletarische, sie ist pazifistisch und nicht sozialrevolutionär.

Daher ist es erfolgt die „Anerkennung“ der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht nur in Worten.

III. Die U. S. P. und die Internationale.

Dieselbe kleinbürgerliche, feige Politik betreiben die rechten Führer der U. S. P. auch in Bezug auf die Frage der internationalen Vereinigung des Proletariats.

1. Die rechten Unabhängigen und die Vonguetisten verweigern und entwickeln in den Massen nicht das Bewußtsein der Falschheit und Verderblichkeit jenes Reformismus, der vollständig in der Zweiten Internationale vorherrschte und sie zugrunde gerichtet hat, sondern sie verdammen dieses Bewußtsein, verhalten die Krankheit, anstatt sie auszudecken. Die Frage des Zusammenbruchs der Zweiten Internationale, eine Frage von größter weltgeschichtlicher Bedeutung, die Ursachen dieses Zusammenbruchs, die Hauptfehler und die Verbrechen der Zweiten Internationale, ihre Rolle in der Eigenschaft eines Hülfsmittels bei dem „Völkerverbund“ — alle diese Fragen wurden von der U. S. P. gar nicht aufgeworfen. Dadurch verhäßt sie diese Verbrechen und verdammt das Klassenbewußtsein der proletarischen Massen.

2. Die rechten Unabhängigen und die Vonguetisten verweigern nicht und klären die Massen nicht darüber auf, daß die imperialistischen Kriegsgewinne der vorgeschrittenen Länder diesen erlauben (und gegenwärtig erlauben), die Oberschichten des Proletariats zu betrachten, ihnen Brücken der Kriegsgewinne (den sie aus den Kolonien und der Hauptstädten Ausbeutung der schwachen Länder ziehen) zu werfen, eine privilegierte Schicht geschulter Arbeiter zu schaffen usw.

Ohne Enttarnung dieses Uebels, ohne Kampf nicht nur gegen die Aristokratie der Trade-Unions, sondern auch gegen alle Anstrengungen des Kleinbürgertums der Masse der Arbeiteraristokratie, der Privilegien der Oberhäupter der Arbeiter, ohne schonungslose Bekämpfung der Vertreter dieses Grades aus der revolutionären Partei, ohne Appellation an die Unterdrückten, an die immer breiteren Massen, an die wirkliche Mehrheit der Angehörigen, kann von einer Diktatur des Proletariats keine Rede sein.

3. Die Unklarheit oder das Unvermögen, mit dem vom Imperialismus angeführten Oberschichten der Arbeiter zu brechen, offenbart sich bei den rechten Unabhängigen und den Vonguetisten ebenfalls darin, daß sie nicht für die direkte und bedingungslose Übertragung aller Anstalten und revolutionären Bestrebungen der Kolonialarbeiter agieren.

Bereits zu Beginn dieses Jahres befanden sich in den Gefängnislagern in Szamsker 9000 Männer und Frauen, Giebel 4000, Zalaegerszeg 2400, Erlau 2000, Gyöngyös 3000 und Komárom Sandberg 2000. Insgesamt wurden 50 000 Männer und Frauen gefangen genommen. Die Gefängnisse in den Städten sind überfüllt, die Gefangenen den grausamsten und raffiniertesten Martern ausgesetzt. 5000 Arbeiter waren bereits zu Beginn dieses Jahres zum Tode „verurteilt“. Tausende und Tausende wurden ohne jegliches vorgehendes Prozessverfahren von den Offiziersbanden ermordet. Tausende sterben langsam an Hunger, Unterernährung und Krankheit dahin. Die reaktionären Offiziersdetachements sind allmächtig. Wer in ihre Hände fällt, ist verloren; ihre Schlachtopfer werden gemartert und schließlich totgeschlagen. Es ist vorgekommen, daß die Unglücklichen bei lebendigem Leibe skalpiert, ihnen Arme und Beine entzweigebrochen oder daß sie gezwungen wurden, ihren eigenen Kot zu essen oder Menschenfleisch zu verzehren. Männer wurden kastriert, anderen ihre Geschlechtsteile mit Steinen zermalmt. Alle diese Fälle sind nachgewiesen und durch Zeugen unter Eid festgestellt.

Männer und Väter wurden vor den Augen ihrer Frauen und Kinder gemartert und getötet, Frauen und Mädchen vor den Augen ihrer Männer und Väter geschändet. Tagtäglich verschwinden Männer und Frauen aus der kämpfenden Arbeiterschaft und man findet sie nur wieder als Leichen, ermordet, erschossen, totgeprügelt, ertrunken und oft in der fürchterlichsten Weise verhämmelt.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat gegen diese Greuel bei der ungarischen Regierung und beim Obersten Rat des Völkerbundes protestiert und verlangt, daß Maßnahmen ergriffen werden, um all diesen Greueln ein Ende zu machen. Dieser Schritt blieb erfolglos. Der weiße Terror herrscht nach wie vor in Ungarn. Der Oberste Rat des Völkerbundes kann oder will offenbar nicht den nötigen Druck auf die ungarische Regierung ausüben. Die Regierung selbst will die Greuel in ihrem Lande nicht zügeln und läßt sie entweder geschlossenen Auges geschehen oder ermutigt sie.

Aus offiziellen Dokumenten der ungarischen Regierung, die sich im Besitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes befinden, geht hervor, daß die Regierung die Richter anspornt, die Gefangenen zu verurteilen, auch wenn keine genügenden Beweise für das, was man in Ungarn „Schuld“ nennt, vorliegen und auf das „Unschädlichmachen“, das heißt die Ermordung der ins Ausland gebrachten Arbeiter Prämien gesetzt hat in der Höhe von 20 000 bis 25 000 Kronen.

Alle diese Tatsachen sind bekannt und erwiesen. Die Regierungen, denen sie bekannt sind, sind nicht gewillt, einzugreifen und frohlocken vielleicht, daß die Arbeiterbewegung Ungarns niedergeschlagen und ermordet wird.

Der Internationale Gewerkschaftsbund übernimmt die Aufgabe der Regierungen und ruft die Arbeiter aller Länder auf, von Sonntag, den 20. Juni an, jede Arbeit zu verweigern, die dem Ungarn des weißen Terrors direkt oder indirekt zugute kommen würde.

Von Sonntag, den 20. Juni, an darf kein Zug die ungarische Grenze passieren, kein Schiff in Ungarn einlaufen, kein Brief, kein Telegramm von oder nach Ungarn weiterbefördert werden. Keine Steinkohle, keine Rohstoffe, keine Lebensmittel, kein Brief und kein Telegramm dürfen mehr in das Land.

Während des Krieges hat die herrschende Klasse in den kriegführenden Ländern ihre Gegner mit der Waffe des wirtschaftlichen Boykotts bekämpft. Nach dem Kriege gebrauchte sie dieselbe Waffe und trachtet sie weiter anzuwenden, um die russische Arbeiterbewegung zu erdrosseln.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft die Arbeiter aller Länder auf, nunmehr dasselbe Mittel anzuwenden, um dem Blutregime der ungarischen Regierung Einhalt zu gebieten und Leben und Freiheit von Tausenden und Tausenden Genossen in Ungarn zu retten.

Genossen! Transportarbeiter, Seeleute, Eisenbahnarbeiter und Beamte, Post- und Telegraphenangestellte, Arbeiter aller Berufe, leistet alle wie ein Mann dem Rufe des Internationalen Gewerkschaftsbundes Folge!

Verzichtet von Sonntag, den 20. Juni, an keinerlei Arbeit mehr für Ungarn.

Gegen den weißen Terror der proletarische Boykott!

Hoch die Internationale Solidarität!

Der Internationale Gewerkschaftsbund.

Der Verkehrs-Boykott.

Das Sekretariat der Post- und Telegrapheninternationalen, dessen Sitz sich in Wien befindet, hat für den 15. Juni eine internationale Konferenz in Bern einberufen, an der alle großen Organisationen Europas teilnehmen werden. In dieser Konferenz wird die Frage des Boykotts Ungarns als erster Punkt der Tagesordnung verhandelt werden. Die Postangestelltenorganisationen Europas haben schon im Februar dieses Jahres in einer Entschliessung gegen den weißen Terror Stellung genommen und zum Zeichen des Protestes den Telegraphenverkehr mit Budapest auf eine Stunde unterbrochen. Heute ist die Erregung in allen Postangestelltenkreisen aufs Höchste gestiegen, da die Verurteilung des ehemaligen Führers der ungarischen Postangestellten zum Tode eine offene Provokation aller Postangestellten Europas darstellt. Die Regierung Ungarns hat offenbar Wert darauf gesetzt, unter den Post- und Telegraphenangestellten die Stimmung zu erzeugen, die eine tatsächliche Durchführung des Verkehrsboykotts in den Post-, Telegraphen- und Telephonbetrieben gewährleistet.

Republik Deutschland

Wie alt werden die Industriearbeiter?

Eine interessante Statistik hat das deutsche Reichsarbeitsamt aufgestellt. Nach statistischen Untersuchungen an den

Arbeitern von 15 Industriegruppen hat es festgestellt, daß der Gesamtdurchschnitt aller dieser Gruppen für die Altersklassen bis zu 30 Jahren 47,6 Prozent ausmacht, während in den höheren Altersklassen 52 Prozent der Arbeiter zu finden sind. Auf den ersten Blick erscheint diese Statistik für die älteren Arbeiter als recht günstig; da indessen das Jahrzehnt von 30 bis 40 die höchste Prozentziffer aufweist, bleiben für die Altersklassen von 41 bis 60 Jahre nur 27 Prozent übrig. Nur ein starkes Viertel der Industriearbeiter kommt demnach im Berufsleben über das 40. Jahr hinaus.

Ein Appell an die deutschen Arbeiter.

Genosse Jacques Meunier, Generalsekretär eines französischen Eisenbahnersyndikats, schrieb der „Freiheit“ folgenden beachtenswerten Brief:

Berlin, den 8. Juni 1920.

Genossen! Ich bin dabei, nach Paris zurückzulehren, nach einer Reise durch Deutschland, die ich allein zu dem Zwecke gemacht habe, die Denkweise nicht allein der verschiedenen sozialen Klassen, sondern des ganzen deutschen Volkes zu studieren. Ich gestehe Euch, daß ich von Euch gehe mit der Traurigkeit eines Menschen, der sich furchtbar getäuscht sieht.

Genossen, die Arbeiter, das heißt die Menschen, die produzieren und die in unseren Nationen arbeiten, müssen sich endlich verstehen und müssen über ein Mittel nachdenken, den idiotischen Haß der Chauvinisten und der verbrecherischen Nutznießer dieser Machinationen zu zerstören. Das ist die dringendste und höchste Aufgabe des Sozialismus. In den deutschen Zeitungen läuft jetzt ein erbitterter und beklagenswerter Kampf gegen Frankreich mit dem klaren Ziel, die Arbeiterklassen — die anderen sind es schon — gegen die französische Nation aufzuheben. Genossen, die verbrecherische Regierung hat erkannt, daß das einzige Mittel, die Nationen zu beherrschen und auszunutzen und sie nach ihrem Willen zu führen, das ist, sie auf das geistige Niveau von 1914 zurückzuführen, das heißt also, sie blind zu machen. Und diese furchtbaren Pläne sind nahe daran, zu gelingen, wenn wir Sozialisten nicht so rasch wie möglich dazwischen treten.

Genossen, vergeßt nicht, daß der Haß, den Eure Regierung säen will, im Grunde genommen ohne Unterlagen und ohne Gründe ist. Eure Aufgabe ist also nicht zu schwer. Der Haß der Franzosen ist aber leider begründet. Nicht wegen der anderthalb Millionen getöteter Brüder! Ihr habt auch dieselben schmerzhaften Verluste. Ihr Tod hätte einen Zweck, wenn alle Brüder geworden wären. Es handelt sich um die Ruinen unserer Dörfer, unserer Fabriken, um unsere Heime, die von Eueren wahnsinnigen Militärs seit dem Hindenburgrückzug 1917 zerstört worden sind. Ich spreche nicht von den Dörfern, die durch die Schlachten verwüstet worden sind, denn das war trotz allem unvermeidlich. Es ist vielmehr die Sklaverei, die unsere Bevölkerung während des Krieges in den besetzten Gebieten über sich hat ergehen lassen müssen. Ich konstatiere mit Vergnügen, daß nicht die Kämpfer, also die Arbeiter und die Produzenten, die Fenster unserer unglücklichen Mitbürger waren, sondern allein diese Junker, diese Offiziere usw., die hinter Eurer Front lagen. Also, Genossen, ich bitte Euch inständig, ruft es laut dem deutschen Volke zu, daß es allein diese Kerle sind, die die Urheber des bedauernswerten Schicksals Deutschlands sind, die die Feindschaft der Enterte und des französischen Volkes im besonderen hervorgerufen haben. Merkt es gut: Selbst der Arbeiter schließt sich dem an. Denn der Arme ebenso wie der Reiche wurde von diesen Barbaren gemartert. Lesst z. B. das Buch „Charleville“, das Wilhelm Appens in Dortmund veröffentlicht hat, und Ihr werdet leicht verstehen, daß es unieren Regierenden stets gelingt, die Sympathie und die Billigung der ganzen Nation in ihren Handlungen gegen Deutschland zu finden.

Es ist Pflicht des französischen Sozialisten, seinem Volke zu erklären, daß es nicht der Deutsche war, der ihn quälte, sondern die barbarische Klasse der Militaristen, Junker, Albeutschen, die das ganze deutsche Volk tyrannisierten und die noch heute herrschen. Euer Aufgabe ist ebenfalls ganz klar. Ihr müßt dem deutschen Volke die Gründe des Hasses gegen alles, was den Namen deutsch trägt, verständlich machen, aber daß es auch bei uns Männer gibt, die dabei sind, die Nation dahin zu bringen, nicht mehr die zu hassen, die im Grunde genommen an all dem, was geschehen ist, unschuldig sind. Dann wird der Tag kommen, wo der Deutsche und der Franzose sich die Bruderhand reichen wird. Die Arbeit, die uns erwartet, ist schwer, aber vorwärts für die Wiedervereinigung der Völker!!!

Freundschaftliche Grüße Euer Kamerad
Jacques Meunier,
Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes der Sinesien
Paris—Lyon—Mediterranée.

Was ist die Republik den Müttern des Volkes bisher schuldig geblieben?

Sagen wir es kurz: alles was geeignet ist, die Uebersterblichkeit und erhöhte Gesundheitsgefährdung der Frauen aus den Schichten der Besitzlosen zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Gerade die fruchtbaren Mütter, die Frauen der Armen, waren von jeher gegenüber den Frauen der Besitzenden weit stärker durch Krankheit und Tod bedroht, weil jene — nicht genug der ungeheuren Kraftausgabe des Tragens, Gebärens und der Aufzucht der Kinder — sehr oft auch noch zu schmerzlicher Ermerksamkeit gezwungen sind, und zwar tragischerweise am meisten mit zunehmender

Kinderzahl. Erreicht vor allem der Preis der Gebärmutter ist bei armen vielgebärenden Frauen häufiger als bei wohlhabenden Frauen mit wenigen oder gar keinen Kindern. Die Tuberkulose wütet unter den Frauen im Alter von 25 bis 35 Jahren mörderischer als in derselben Altersklasse bei Männern. Nach einer älteren Bremer Statistik von 1911 starben von je 10 000 Frauen

im Alter von	der wohlhabenden Klasse	der mittleren Klasse	der Armeren Klasse
15—30 Jahren	1,6	11	40
30—40 "	2,9	11	54
über 60 "	19	18	31

Die Zahl der Sterbefälle infolge von Fehl- und Frühgeburten ist bei erwerbstätigen Frauen weit höher als bei Frauen, die sich schonen können. Bei einer Geburtenzahl von 1 1/2 Millionen sterben jährlich 15 000 Gebärende an zumeist vermeidbaren Folgen der Geburt, davon die Hälfte an Kinderbettfieber. Es sind in der übergroßen Mehrzahl die Frauen der Besitzlosen, die diese Todesopfer bringen müssen, weil sie auf die unvollkommene häusliche Geburtshilfe durch die Hebammen angewiesen sind. Ein Viertel bis ein Drittel aller Entbindungen entbehrt zudem selbst dieses Notbehelfs, weil Hebammen, Ärzte und Entbindungsanstalten in dünn bevölkerten, armen und kulturell zurückgebliebenen Gegenden nicht rechtzeitig zu erlangen sind. In den letzten Hungerjahren hat die Sterblichkeit der Gebärenden noch erheblich zugenommen aus Gründen der Entkräftung der Schwangeren, der Wohnungsnot, des Mangels an Entbindungsanstalten, auch der geringeren Sauberkeit infolge der Knappheit und Teuerung von Seife und Wäsche. Die Sterblichkeit der ledigen Mütter ist noch um ein Viertel höher als die der verheirateten, wie auch die Zahl der Tot-, Fehl- und Frühgeburten geradezu erschreckend größer ist als die der ehelichen.

Schon diese Tatsachen genügen, um den Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und der Uebersterblichkeit armer Frauen klar zu erweisen, um die letzten Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit ihren bis auf die äußerst zugespitzten Klassengegenständen auch dem blödesten Auge zu offenbaren. So kann die vollkommene Lösung dieser brennenden Frage der Volksgesundheit auch nur im Zusammenhang mit der Lösung der sozialen Frage erfolgen.

Es könnten — nach Brennecke — alljährlich 8000 Wöchnerinnen 200 000 Säuglinge vom Tode, 30 000—40 000 Frauen von langwierigem Siechtum gerettet, es könnte der Verstörung des Familienglücks ungezählter Menschen vorgebeugt werden, wenn wir eine reichsgezügliche Mütterfürsorge hätten, eine lückenlose Ausgestaltung der Schwangerenfürsorge, der Geburts- und Wochenbettshilfe, des Mutter- und Säuglingschutzes, die den wissenschaftlichen Fortschritten der Neuzeit entspricht. Solche Forderungen — im Rahmen des verstaatlichten Gesundheitswesens — stellte die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion wiederholt, zuletzt im Juni und Oktober 1919 in der Nationalversammlung. Rechtssozialdemokratie und bürgerliche Parteien lehnten damals mit wichtigen Gründen den Antrag der Unabhängigen ab. Nach dem bewährten Grundgesetz „nur immer langsam voran!“ sind seitdem nur einige Flickversuche und Teilreformen von der republikanischen Koalitionsregierung zum Schutze der Mütter beliebt worden, die durch Jahrhunderte alte Veräumnis entstandene Uebel nicht nennenswert zu beeinflussen vermögen.

Kapitalistische Wirtschaft.

Die Weltwirtschaftskrise.

Japan.
Durch das Sinken der Preise in der Rohseisenindustrie hat sich die wirtschaftliche Krise auch auf diesen Handelszweig ausgebreitet. Die Börse in Yokohama ist geschlossen. Die Handelslage wird immer ernster. Die größten Banken haben eine Konferenz einberufen, um über Hilfsmittel zu beraten. Der Ministerrat hat mehrere Verordnungen erlassen, um die Finanzverhältnisse zu bessern. Die Einfuhr zahlreicher Waren, insbesondere Luxusartikel, wurde verboten. Viele Metallankäufe in Amerika wurden annulliert.

Frankreich.
In Marseille sind alle Preise für Kolonialwaren gewaltig gefallen: Kopra-Del von 615 auf 460, Palm-Del von 610 auf 455, Kakao, Rautschuk und namentlich Leder sinken ebenfalls. Der Präsident des Pariser Lederhändlerverbandes erklärte, daß die Preise für Schuhwaren schon in ganz kurzer Zeit beträchtlich fallen werden.

Reichsbank.

Während die dritte Maiwoche eine verhältnismäßig geringe Vermehrung des Notenumlaufes gebracht hatte, kennzeichnet sich der diesmalige Ausweis der Reichsbank durch ein erneutes Anschwellen der Papierflut, die immer deutlicher den Zustand unserer Wirtschaft offenbart und der gegenüber bisher keine durchgreifenden Maßnahmen getroffen werden konnten, weil dabei die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft angegriffen werden müßten und die bisherige Regierungspolitik ausschließlich unter dem Zeichen einer Abwälzung aller Lasten auf das Proletariat wirtschaftet. Der Umlauf an Banknoten ist diesmal um fast 900 Millionen Mark gestiegen, der Umlauf an Darlehenskassenheinen hat um weniger als eine Million abgenommen, so daß sich jetzt eine Gesamtzirkulation an Papiergeld in Höhe von über 63 1/2 Milliarden Mark ergibt.

Die teuren Heringe.

„Berliner Fischmarkt“ bringt folgende Mitteilung: Die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringshändler“ legte die Bilanz vor, die einen Notenumlauf von ca. 10 000 000 Mark ergab. Nach Abzug der Unkosten (etwa 2 1/2 Millionen)

gelangen gegen 7 1/2 Millionen an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zur Ausschüttung. Es entfallen auf einen Anteil von 10000 Mark sage und schreibe 90000 Mark, also 900 Prozent. Die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringsimporteure“ ist eine Gründung der der Salzheringsimporteurs-Gesellschaft m. b. H. angeschlossenen Salzheringsimporteure. Sie hat mit der Regierung ein Abkommen getroffen, wonach sie für den Einkauf der Heringe in Norwegen usw. das nötige Personal stellt.

Konzentrationen.
Drainindustrie.

Die größten deutschen Brauereien, die Schottelberg-Brauerei A.-G. und die Bogenhofer Brauerei A.-G., beide in Berlin, unterhandeln wegen eines Zusammenschlusses. Die Zusammenfassung soll unter dem Gesichtspunkte einer rationelleren Organisation des Betriebs und der Vertriebsführung erfolgen. Wenn sie auch selbstverständlich nur unter kapitalistischen Gesichtspunkten, d. h. zum Zwecke der Erzielung eines höheren Profites geschieht, so darf dennoch dieser Konzentrationsprozess als Vorarbeit für eine Bergesellschaftung betrachtet werden.

Zuckerindustrie.

Der Generalversammlung der Zuckerfabrik Camburg A.-G. am 26. Juni liegt ein Antrag auf Abschluß einer Interessengemeinschaft mit der Zuckerfabrik Leipzig vor.

Bündwarenindustrie.

Zur Anbahnung einer Interessengemeinschaft zwischen der Stahl- und Röhren-Fabrikation in Kassel und der Deutschen Röhrenfabrikation in Gauenburg wird nach der „Frankf. Zig.“ ein Austausch von Verwaltungsmitgliedern in den demnächstigen Generalversammlungen vorgeschlagen werden.

Aus der Provinz.

Das amtliche Wahlergebnis für Mittelschlesien.

Stimmen:		
U. S. P. D.	58 686	Deutschnationale
S. P. D.	317 379	Deutsche Volkspartei
Zentrum	177 085	Mittelstandspartei
Demokraten	56 566	S. P. D.
für gültig erklärte und 2178 für ungültig erklärte.		
Mandate:		
U. S. P. D.	2	Deutschnationale
S. P. D.	5	Deutsche Volkspartei
Zentrum	2	Mittelstandspartei
Demokraten	1	S. P. D.

Durch Eisenverbindung mit Niederschlesien erhalten die Demokraten 1 Stg. Die Stimmen der U. S. P. fallen auf die Reichliste.

Die Breslauer Kommunisten haben Protest gegen die Gültigkeit der Wahl eingelegt, weil ihr Wahlvorschlag wegen formaler Gründe zurückgewiesen worden war, obwohl ein Telegramm des Reichsministers des Innern vorlag, das die Nachbringung fehlender Unterschriften im Mängelbeseitigungsverfahren für zulässig erklärt. Dieser Protest wurde vom Ausschuss dem Reichswahlleiter überwiesen.

Locales.

Breslau, den 15. Juni.

Einstellung von Arbeitskräften.

Bei den städtischen Verwaltungen, insbesondere bei der Stadtkartoffelstelle, gehen fortgesetzt Gesuche von Männern

und Frauen um Zuweisung von Arbeit ein. Abgesehen davon, daß im allgemeinen der Bedarf der Stadt an Arbeitskräften für Monate hinaus gedeckt ist, kann die Annahme des städtischen Arbeitsamtes, Gartenstraße 3, erfolgen. Stellenlose Arbeiter aller Art werden daher gebeten, sich dorthin zu wenden und jedes unmittelbare Gerantreten an einzelne Dienststellen als zwecklos zu unterlassen.

U. S. P. D. Ortsgruppe Breslau

Heute abend 7 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
bei Bräuer, Gabitzstraße.

Freitag, den 18. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr
Massenversammlung der U. S. P. D.
in den „Zentralballsälen“.

Thema: „Warum tritt die U. S. P. D. nicht in die Regierung ein?“

Nebener: Stadtverordneter Gruschwitz,
Arbeiter, Angestellte, Beamte, erscheint in Massen.
Der Ortsrat der U. S. P. D.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski;
für die Interate Fritz Wolff;
Druck: Buchdruckerei Hüffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Dienstag 7 Uhr:
Gastspiel Pattiera
Die Bohème.
Mittwoch nachm. 2 1/2 Uhr:
Sänger-Vorstellung:
Der Freischütz.
Abends 7 Uhr:
Rigoletto.

Thalia-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Thoma-Abend.

Schauspielhaus.
Operettenbühne, Al. Nr. 25/45
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von Athen
Sonntag nachm. 5 1/2 Uhr:
Der fidele Bauer.

Viktoria-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
„Heirate deine Frau“

Figaro-Theater
Bischofstraße 4/5
Fernspr. Ohle 1769.
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:
Clare Fröhlich und
Gustav Birkholz
sowie Friedel Schöngalla,
Hans von Boregk, Max Schütz,
Charlotte Klein,
May Probst
Wera Männer
schwändeln
von Walter W. Götzow
inszen.

LIEBICH-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gastspiel des Neuen
Operetten-Theaters
Berlin
„Die Dame vom Zirkus“
Operette von
Kraus und Schindler,
Musik von Winterberg.

Zeltgarten
Dr. Hans Kreisnik
im herrl. Garten.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Vollständig neue
Spezialitäten!
v. a.
Van Velden
Schokolade
3 Brunnen
Schokolade-Kuchen,
Präpar. Kugeln,
Musik.

Über-Bayern
Gartenstr. 68
Anfang
Neue Kapelle
6 Uhr
Täglich Konzert
Damen-Streich-
Orchester
Dir. P. Schütz.

Eden-Theater
Lichtspiele
in höchster Vollendung
Nikoalstrasse 27.
Ab Dienstag
Nur 3 Tage!
Aus Liebe
gesundigt

38. Mathiasstrasse 38.
Strassenbahnlinien 7, 8
Sklaven des Kapitals
4 Akte
aus der heutigen Zeit
der Korruption und
Schiebertums
ferner:
Das Abenteuer einer Sängerin

**Herren-Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen**
liefern preiswert
Julius Ollendorff & Co.
Breslau
Albrechtstrasse 14.

ZEPTEKINO
Klosters-23ste Nr. 47
3 Bienen-Sensations:
Der Gehelmbund
nach dem Roman
Weib gegen Weib
Lustens-1 romanze
Liebes-Hochzeit
Eine Wiener-Komödie
Wenn auch Jahre verpuffen
es gibt mir eine Jugend

Luna Park
Hörschlag-Geoffroy.
Ins: Johannes Lampert, Fernruf 1287
Heute: Großes Konzert
Margen Kitzschke-Kinderfest,
Donnerstag:
Erling und Elvira-Kinderfest,
Samstag und Freitag: LUNA-PARK
im Vergnügungspark
wird, sehr abend: Sch. Sch. Sch. Sch.
Hugo Meyer A.-G., Hannover
Viele Park-iten: Wellenbahn, Sommer-Rodel-
bahn, Zirkus, Kutschbahnen, Freudenrad,
Nagelbahn, Achterbahn, Kugeln, etc.
Anatomisch-physiologisches Museum,
Stadtbahn mit westeuropäischem Betrieb,
Hippodrom, Sportplatz, Schießstand, Flieger-
kannone, Kletterturm, Versteckspiel,
Nur kurze Zeit! Die zinnengeliebte
Schweizerin Kitzschke mit ihrem Sohn Franz.
Lüpfel-Parade - Kesseln.
Täglich Adressen der Weib-iten
Jansschneider-Familie Kinder.

**Herren-Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen**
liefern preiswert
Julius Ollendorff & Co.
Breslau
Albrechtstrasse 14.

Luna Park
Hörschlag-Geoffroy.
Ins: Johannes Lampert, Fernruf 1287
Heute: Großes Konzert
Margen Kitzschke-Kinderfest,
Donnerstag:
Erling und Elvira-Kinderfest,
Samstag und Freitag: LUNA-PARK
im Vergnügungspark
wird, sehr abend: Sch. Sch. Sch. Sch.
Hugo Meyer A.-G., Hannover
Viele Park-iten: Wellenbahn, Sommer-Rodel-
bahn, Zirkus, Kutschbahnen, Freudenrad,
Nagelbahn, Achterbahn, Kugeln, etc.
Anatomisch-physiologisches Museum,
Stadtbahn mit westeuropäischem Betrieb,
Hippodrom, Sportplatz, Schießstand, Flieger-
kannone, Kletterturm, Versteckspiel,
Nur kurze Zeit! Die zinnengeliebte
Schweizerin Kitzschke mit ihrem Sohn Franz.
Lüpfel-Parade - Kesseln.
Täglich Adressen der Weib-iten
Jansschneider-Familie Kinder.

Stippus Straßburger
Breslau-Teichböcker
Tel. 2.192
Käse
Neubau, Süsswaren
Konditorei
Täglich 10 bis 11 Uhr
Konditorei
Täglich 10 bis 11 Uhr
Konditorei
Täglich 10 bis 11 Uhr
Konditorei

Rouffum- und Sparverein „Vorwärts“
für Breslau und Umgebung e. G. m. b. H. Breslau.
Hauptkontor: Laurentienstraße 127/33 — Fernruf Ring Nr. 4688

Verkaufsstellen-Versammlungen
finden an nachfolgenden Tagen statt:
Dienstag, den 15. Juni, Restaurant Familie, Subenstr. 51.
Mittwoch, „15. „ „ Wilhelmshurg, Neudorfstr. 54.
Donnerstag, „17. „ „ vorm. Adlon, Gellhornstr. 21.
Freitag, „17. „ „ „Blauk Schiff“, Herrenstr. 19.
Sonntag, „18. „ „ „Illner, Viktorstr. 42/44.
Montag, „19. „ „ „Thomas, Liebenitzstr. 23.
Dienstag, „21. „ „ „Müller, Rosenthal.
Mittwoch, „21. „ „ „Schumann, Olgauer Str. 2.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Bericht vom 3. Vierteljahr des laufenden Geschäftsjahres.
2. Die Notwendigkeit der Erhöhung des Mitgliedsbeitrages und des Eintrittsgeldes, sowie der Abänderung der Sparordnung. Beschluß der Generalversammlung am 21. 5. 20.)
Versammlungsbeginn 8 Uhr
Solltägliches Erscheinen der Mitglieder, vor allem auch der Frauen, ist dringend notwendig.
Die Verwaltung.

HEUTE FREIE WELT
NEUE ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT
EINE REVOLUTION ist jede NUMMER!

Luna Park
Hörschlag-Geoffroy.
Ins: Johannes Lampert, Fernruf 1287
Heute: Großes Konzert
Margen Kitzschke-Kinderfest,
Donnerstag:
Erling und Elvira-Kinderfest,
Samstag und Freitag: LUNA-PARK
im Vergnügungspark
wird, sehr abend: Sch. Sch. Sch. Sch.
Hugo Meyer A.-G., Hannover
Viele Park-iten: Wellenbahn, Sommer-Rodel-
bahn, Zirkus, Kutschbahnen, Freudenrad,
Nagelbahn, Achterbahn, Kugeln, etc.
Anatomisch-physiologisches Museum,
Stadtbahn mit westeuropäischem Betrieb,
Hippodrom, Sportplatz, Schießstand, Flieger-
kannone, Kletterturm, Versteckspiel,
Nur kurze Zeit! Die zinnengeliebte
Schweizerin Kitzschke mit ihrem Sohn Franz.
Lüpfel-Parade - Kesseln.
Täglich Adressen der Weib-iten
Jansschneider-Familie Kinder.

Schöne helle Schlafzimmer
bestehend:
1 Schrank, 1 Wasch-
kommode mit Platte
und Spiegel, 2 Bett-
stellen mit Patent-
auflage-matrasen und
Rissen, 2 Nach-
tische mit Platte
Max Giesel
Brüderstr. 23.
Gebr. Meister
Albrechtstrasse 40
Bekleidungshaus
für
Herren u. Knaben
zur eigene Fabrikation.
Gummivarren
Bettdecken, Kissenbezüge,
Spinnweben, Zuspanserien,
Dauerstoffe
H. Kloss,
Groschauer 1, Nitschstr. 73.
2. Stock vom Ring.

**Achtung! Kriegsbeschädigte,
Hinterbliebene u. Gefangene**
Versammlung
zwecks Gründung einer Orts-
gruppe vom Internationalen
Bund
im Rot Löwen, Kupferstraße 10.
Die Beschädigten von Kraus
eingeladen zwecks Klarstellung
Referent: Fritz Stannenberg.

Aus den Provinz-Organisationen.
Ortsgruppe Langenbielau.
Mitglieder-Versammlung
Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr bei Walter.
Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.
Der Vorstand.

Versammlungskalender der U. S. P. D.
Breslau.
Mittwoch
7 1/2 Uhr abends Klärung im Hotel
Nitschstrasse 49/50.
Donnerstag
7 1/2 Uhr abends haben folgende Distrikte
Versammlung:
Distrikt 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 8
- 10
- 13
Freitag 7 1/2 Uhr abends
Distrikt 1
- 2a
- 7
- 9
- 2a
Brisse Ohle (Kalepost)
Rosenstr. (8 Schwalben)
Gellhornstr. 21 (Adelung)
Klosterstr. 85 (Gottlieb)
Schmargardenstr. 91 (Briegel)
Neudorfstr. 84 (Gumpel)
Köpenicker Str. 31 (Rühl)
Matthiasstr. Ecke Adlerstr.
Sonnige Veranstaltungen:
Mittwoch, den 16. Juli 1920, abends 7 1/2 Uhr
findet eine
Außerordentliche Frauen-Versammlung
für die Distrikte 3, 2a und 18
im Lokal „Nacht Schwalben“, Rosenstr. 27
statt.
Tagesordnung:
1. Wahl der gesamten Frauen-Distriktsleitung.
2. Die Frau und die wirtschaftliche Lage. Referent
Genosse Kunft.
3. Berichtendes.
Das Erscheinen sämtlicher Genossinnen ist unbedingt
erforderlich. Auch Genossen mit ihren Frauen sind
berühlig eingeladen. Die Distriktsführerin.

Kranke
Harardkron, Haut- und Ge-
schlechtskranken behandelt
mit Erfolg. Viele freiwillige
Anerkennungen von ausge-
heilten Patienten.
Heilkundiger Fr. Joschke,
Palmerstr. 22, II. Tel. Ohle 1924.
9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

Achtung! Wo?
kann man neue und gebr.
Kittel sowie ganze Be-
rücklungen am billigsten
und vorzüglichsten?
Bei H. Kluge,
Neumarkt 12, am 1. Ege

Wacht! Wo?
kann man neue und gebr.
Kittel sowie ganze Be-
rücklungen am billigsten
und vorzüglichsten?
Bei H. Kluge,
Neumarkt 12, am 1. Ege